

# GRAPHISCHE PRESSE

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHERN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.**

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

**Redaktion:**

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastr. 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 20, Telefon: Ami III, 5246. Druck und Expedition: Conrad Meiser, Schöneberg. Redaktionschluss: Sonnabend.

**Insertion.**

Für die viergespaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Verlagsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Bekanntmachungen.

**Zur gefl. Beachtung.**

Die in der Bekanntmachung über die Vorbesprechungen der Branchenvertreter in No. 29 der »Gr. Pr.« erfolgte Ankündigung einer Lichtdruckerkonferenz ist ungültig. In Verbindung mit der Generalversammlung findet eine Lichtdruckerkonferenz nicht statt.

Der Hauptvorstand.

**Gesperrt.**

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

**In Deutschland:**

**Berlin.** Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.

**Berlin.** Angerer (Kupferdr.); Tapeten-Fabrik Liepmann (Formst.); »Phönix«, Inh. J. Stern & Co. (Lithogr.).

**Beuel a. Rh.** Engelhard & Schlegel, Kommandit-Gesellschaft (Tapetendr.).

**Chemnitz.** A. Jüllen; Könter & Richter (Chemigr.).

**Crossen a. Mulde.** C. F. Leonhardt, Steindruckerei.

**Dresden.** Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co. (Chem.).

**Erfurt.** Ohlenrot'sche Buchdruckerei, Inh. Georg Richters (Chemigr.).

**Frankfurt a. M.** Heß & Janke.

**Hamburg.** Nelles & Co. (Chemigr.).

**Köln a. Rh.** Flammershelm & Steinmann (Formst. u. Tapetendr.).

**Kötzschenbroda bei Dresden.** R. Mittelbach, Kunstanstalt Glöbus.

**Leipzig.** F. A. Brockhaus; Mejo & Springer; C. Wittstock (Chemigr.).

**Selb i. B.** Hutschenreuther.

**Stuttgart.** Oedi. Kotte (Lebmigr.).

**Im Ausland:**

**Belgien.** Bruges: La Lithographie Artistique, Desclée De Brouwer Cie.

**Dänemark.** Kopenhagen: Nordiske Notesteheri Angström (Steindr.).

**Italien.** Mailand: Sampierdarena; Lucca.

**Oesterreich.** Mähren, Schlesien, Lausitz.

**Altröhla u. Karlsbad:** Sämtliche keramischen Betriebe.

**Bodenbach i. Böhmen:** Julius v. Grabes Nachf. Otto Zucker, Blechemballagen-Fabrik. (Lithogr., Steindr. und Hilfs-personal).

**Graz.** »Austria«, Inh. Jos. Agath.

**Krakau.** Pruscynski.

**Wien:** Die K. u. K. Hof- u. Staatsdruckerei (sämtliche Berufe).

**Schweiz.** Für Chemigraphen wegen Durchführung des Tarifs.

**Basel:** Manissadjian & Co.; Wtw. Hindermann, lith. Anstalt.

**Spanien.** Madrid: Julien Palacios.

**Tarifamt für Deutschlands Chemigr. und Kupferdrucker.**

In das Verzeichnis der tariftreuen Anstalten sind nachzutragen die Firmen: Markert & Sohn-Dresden-A. Röder & Langhoff-Hamburg.

Berlin, 19. Juli 1910.

Georg W. Büxenstein, Prinzipal-Vors. Alb. Hehr, Gehilfen-Vorsitzender.

**Inhalt.**

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Der Arbeitsnachweis als Waffe des Unternehmertums. Rundschau. Soziale Monatsschau. Aus der Reichsversicherungs-Kommission, VII. Briefkasten der Redaktion. **Allgemeines:** Aus der deutschen Ansicht- und Spielkarten-Industrie. Zur Generalversammlung: XVIII, XIX, XX, XXI, XXII. Gautag in Breslau. Gautag in Dresden. Gautag in Regensburg. Gautag in Stuttgart. Ortsberichte: Augsburg, München. — Die Tapetenbranche: Aus den Sektionen: Coswig, Griesheim, Harburg. — Feuilleton: Eingänge. — Anzeigen.

**Der Arbeitsnachweis als Waffe des Unternehmertums.**

Die Unternehmerverbände lassen es sich mit regstem Eifer angelegen sein, die Arbeitsvermittlung immer mehr in ihre Hände zu bekommen. Dieses Bestreben veranlaßt sie, nicht nur gegen die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise der Arbeiter, sondern auch gegen die paritätischen, d. h. von Unternehmern und Arbeitern resp. ihren Organisationen gemeinsam eingerichteten und geleiteten sowie gegen die unparteiischen gemeindlichen Arbeitsnachweise mit aller Schärfe vorzugehen. Daß das Unternehmertum damit bestimmte Absichten und Ziele verfolgt, ist selbstverständlich und bedarf keiner besonderen Erwähnung. Allerdings sucht man diese Absichten abzuleugnen und die Ziele zu verschleiern. Unter sich machen die Unternehmer freilich über das, was sie von ihren Nachweisen erwarten, kein Hehl. Die beiden großen Zentralen der Unternehmerorganisationen, die Hauptstelle und der Verband deutscher Arbeitgeberverbände, die in ihrem Kartellvertrag als wichtige Aufgabe der Vertragschließenden »die gemeinsame Förderung der Arbeitsnachweise« bezeichnen, schrieben z. B. in einem vertraulichen, aber trotzdem bekanntgewordenen Rundschreiben an die Unternehmerverbände klar und deutlich:

»Der Arbeitsnachweis ist für die Unternehmer in allen Fällen von ungeheurer Wichtigkeit. Es ist keine Phrase, wenn gesagt wird, daß derjenige, der einen gut ausgebauten Arbeitsnachweis in der Hand hat, die Arbeitsbedingungen regulieren kann. Es muß unbedingt dahin getrachtet werden, daß in Streikfällen den Arbeitgebern Arbeitswillige in genügender Anzahl und von ausreichender Qualität

zugewiesen werden. Das ist nur durch den Arbeitgeberarbeitsnachweis möglich. Nun, die Durchführung dieser Maßregel wäre ein Kampfmittel ersten Ranges.«

Und der bekannte Generalsekretär Nasse sprach im vorigen Jahre in einer Versammlung der Dresdener Bauunternehmer auch öffentlich aus:

»In den Arbeitsnachweisen dürfen nur die Arbeitgeber zu bestimmen haben. Man nennt unsere Arbeitsnachweise jetzt Maßregelungsbureaus. Das schadet nichts; ich will offen gestehen, es muß uns freistehen, jene Elemente von den Arbeitsstellen fernzuhalten, welche unter den Arbeitern die Hetzarbeit verrichten.«

Aber es hätte dieses offenen Eingeständnisses gar nicht bedurft, um den wahren Charakter der Unternehmerarbeitsnachweise vor der Öffentlichkeit zu enthüllen. Das haben die bereits bestehenden Stellenvermittlungsbureaus des Unternehmertums schon zur Genüge durch ihre Praxis selbst getan, die sie als nichts anderes wie als Maßregelungsbureaus schlimmster Sorte kennzeichnet. Am klarsten kam das bei den Enthüllungen aus den Geheimakten des Arbeitsnachweises der Industriellen in Mannheim-Ludwigshafen zum Ausdruck, die der »Bergknappe«, das Organ des christlichen Bergarbeiterverbandes, im November vorigen Jahres zu veröffentlichten in der Lage war und die dann auch in ausführlicherer Form durch eine im christlichen Gewerkschaftsverlag erschienene Broschüre weitere Verbreitung fanden. Der »Bergknappe« konstatierte damals auf Grund seines Materials:

»Die dem Arbeitsnachweis angeschlossenen Firmen dürfen Arbeiter nur durch den Arbeitsnachweis beziehen. Auf dem Arbeitsnachweis werden die Arbeiter aufs eingehendste an mehreren Schaltern geprüft. In den Listen des Arbeitsnachweises ist die Zeichensprache üblich. Durch Zeichen wird alles Mögliche angedeutet. Für die Sünder ist ein schwarzes Buch angelegt. Aus den verschiedensten Gründen werden die Arbeiter von der Arbeit ausgesperrt. Das Zeichen z. K. bedeutet »zu Keinem«, und darf ein mit diesem Zeichen versehener Arbeiter bei keinem eingestellt werden. Verschiedene Formen der Stempel auf der Abkehr zeigten der Nachweisstelle, was mit den Leuten passieren sollte.«

Wie ein Bluthund hetzt dieses Maßregelungsbureau mißliebige geworden und daher vom

Unternehmertum in Acht und Bann gefane Arbeiter; das zeigt folgende kleine Blütenlese solcher Worte, für die in der geheimen Zeichenschrift des sogenannten Arbeitsnachweises Merkmale vorhanden sind: »Anarchist«, »Haupthetzer und Aufwiegler«, »freches Benehmen«, »Beleidigung des Direktor«, »sehr tätiger Agitator«, »Rädelsführer im Streik«, »zu hohe Lohnansprüche«, »Streikpostenstehen«, »Kontraktbruch«, »Beteiligung an der Maifeier« und so fort in unendlicher Folge. Von der Brutalität des Unternehmertums zeugt ferner die skandalöse Tatsache, daß auch Arbeiter mit kleinen körperlichen Gebrechen, z. B. mit einem Leistenbruch, Herzfehler usw., in dieser schamlosen Weise gekennzeichnet und auf den Index gesetzt wurden.

Bei der Bekämpfung dieser himmelschreienden Zustände versagten die Behörden des Klassenstaats vollständig. Der Staatsanwalt lehnte ein strafrechtliches Einschreiten wegen der Kennzeichnung von Arbeitspapieren ab, da jeder Arbeitsnachweis in seiner Vermittlertätigkeit völlig willkürlich verfahren könne. Der Nachweis dürfe Arbeiter, die ihm nicht gefällig sind, ausschließen. Da bei der gewaltigen Frequenz des Nachweises die Beamten nicht mehr übersehen könnten, welche Arbeiter sie nicht vermitteln dürften, so mache sich eine entsprechende Listenführung nötig. Im übrigen habe die eidliche Vernehmung der Nachweisbeamten und die Nachkontrolle in den Personallisten ergeben, daß die auf den Arbeitspapieren angebrachten Merkmale durchaus harmloser Natur seien.

Die Ablehnung des Eingreifens des Staatsanwalts nimmt nur den Wunder, der bisher mit verbundenen Augen durchs öffentliche Leben ging. Der aufmerksame Beobachter konnte in unserem kapitalistischen Staate nichts anderes erwarten. Zu bemerken ist nur, daß der Staatsanwalt in Bezug auf die harmlose Natur der Merkmale gründlich hinters Licht geführt wurde, wie jetzt das Mannheimer Parteiblatt nachweisen kann. Das alte schwarze Buch des Nachweises, das ca. 1300 Geächtete aufwies, wurde abgeschrieben, aber ohne die Vermerke »Agitator«, »Hetzer« usw., und der Behörde vorgelegt. Auch die Personalkarten





## Briefkasten der Redaktion.

F. B., N. und J. M., M. Vom Gautag in R. gingen gleich von jedem Schriftführer Berichte ein, die ich zu einem verarbeitete. Die wörtliche Wiedergabe der angenommenen Anträge erübrigt sich, weil sie mit allen sonstigen Generalversammlungsanträgen durch den Hauptvorstand veröffentlicht werden; und der zweimalige Abdruck dürfte doch wohl überflüssig sein! Das gilt auch für die übrigen Gautags-Berichtersteller. Gruß! — H. P., D. Wir halten es nicht für angebracht, einem Menschen, der bereits abgetan ist, noch nachträglich einen Eselsfußtritt zu versetzen. Außerdem strotzt der Artikel von persönlichen Beleidigungen, so daß sein Abdruck unterbleiben muß. — M. R., B. In dieser Nummer siehst Du Deinen Wunsch erfüllt. Gruß! — G. N., H. Ihr Artikel gehört in die »Graph. Rundschau«, an deren Redaktion ich ihn weitersandte. Gruß!

## Allgemeines.

Teil zur uns  
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Aus der deutschen Ansichts- und Spielkarten-Industrie.

Der Absatz deutscher Ansichtspostkarten am Weltmarkt hat in den letzten Jahren außerordentlich gelitten. Teils ist es die Modegunst, die nach dem ersten Ansturm etwas abgeflaut ist, teils ist die Konkurrenz im Auslande größer geworden, teils haben auch veränderte Zollverhältnisse den Absatz im Auslande erschwert. Jedenfalls ist seit 1907 die Ausfuhr von Ansichtspostkarten ununterbrochen zurückgegangen, so daß sie um viele Millionen Mark weniger einbrachte. Sie betrug der Menge und dem Werte nach in nachstehenden Jahren:

	in Doppelzentner	in 1000 Mk.
1907	64587	25835
1908	51547	20619
1909	50393	16680

Während die Menge der ausgeführten Ansichtspostkarten von 1907 auf 1908 um 13040 Doppelzentner zurückging und im Jahre 1909 um 14193 Doppelzentner geringer war als 1907, ist der Wert innerhalb der letzten beiden Jahre gar um 9,15 Millionen Mark zurückgegangen. Die Ausfuhrmenge hat sich seit 1907 um 22, der Wert um 36 Prozent vermindert. Es ergibt sich somit von selbst, daß der Einheitswert in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist. Dies dürfte hauptsächlich bei dem Hauptabnehmer deutscher Ansichtspostkarten, den Vereinigten Staaten von Amerika der Fall sein, die im Jahre 1909 27769 Doppelzentner bezogen gegen 25902 im Jahre 1908. Im Jahre 1907 waren allerdings 32975 Doppelzentner Ansichtskarten nach den Vereinigten Staaten geschickt worden. Stark gelitten hat der Absatz deutscher Ansichtspostkarten auch in Großbritannien, woin im Jahre 1907 10426, 1908 6486 und 1909 nur 4788 Doppelzentner gingen. Die Ausfuhr nach der Schweiz ist von 2138 Doppelzentnern im Jahre 1907 auf 1344 1908 und endlich 1204 Doppelzentner im Jahre 1909 zurückgegangen. Die Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn hat sich in den letzten Jahren vermehrt, ohne daß aber der Wert entsprechend gestiegen wäre. Es gingen 1907 3862, 1908 4919 und 1909 endlich 4228 Doppelzentner Ansichtskarten nach Oesterreich. Trotz des Rückganges im Jahre 1909 ist die Ausfuhr doch noch größer als 1907.

Auch in der deutschen Spielkartenindustrie, die neben Frankreich zu den bedeutendsten Lieferanten des Weltmarktes zählt, macht sich seit einiger Zeit eine rückläufige Bewegung in der Zahl der hergestellten Spiele bemerkbar, was auch im Export und Import zum Ausdruck kommt. Während im Jahre 1904 1491 Doppelzentner exportiert wurden, waren es im Jahre 1909 nur noch 951; dagegen ging der Import in denselben Jahren von 33 auf 77 Doppelzentner in die Höhe. Die geschickt angefaßte Konkurrenz Frankreichs dürfte nicht in letzter Linie auf den Rückgang unseres Exports von Einfluß gewesen sein. Mit Ausnahme der letzten vier bis fünf Jahre, in denen die deutsche

Produktion von 7,6 Millionen Spielen im Jahre 1905 auf 7,5 im Jahre 1907 zurückging, hat die deutsche Spielkartenindustrie in den letzten 30 Jahren fast ununterbrochen eine ganz erhebliche Produktionssteigerung erfahren, wie folgende Tabelle zeigt:

Jahr	Zahl der hergestellten Spiele	Zahl der Fabriken
1879	4300000	66
1889	5069000	52
1899	6342000	32
1905	7615000	31
1907	7514000	26

Dabei ist nicht uninteressant zu erfahren, daß bei der anhaltenden Produktionsvermehrung, infolge der höheren Leistungsfähigkeit der Maschinen, zum Teil auch durch Fusion der kleineren Unternehmungen die Zahl der Kartenfabriken von Jahr zu Jahr, und zwar von 66 im Jahre 1879 auf 26 im Jahre 1907 zurückging. Gerade in der Spielkartenfabrikation machte sich der Uebergang zum Großbetrieb in sehr bezeichnender Weise bemerkbar. Bei anhaltender Produktionssteigerung gingen über zwei Drittel der ursprünglichen Betriebe ein. In der Hauptsache trat auch an die Stelle der Männerarbeit die billigere Frauenarbeit. Ungeklärt bleiben allerdings die Fragen, ob mit dem Aufblühen der Spielkartenindustrie in der Zeit von 1879 bis 1905 nicht auch die Spiellust des deutschen Volkes eine größere Verbreitung fand, oder, ob mit dem Produktionsrückgang 1905 bis 1910 nicht auch ein Nachlassen der Freude am Kartenspiel Hand in Hand ging? Die letzte Frage ist wohl zu verneinen, da zweifellos größere Sparsamkeit und sorgfältigere Benutzung den Verbrauch einschränkten, während andererseits aus der nicht unbedeutlichen Steigerung der Produktionsmenge in der Zeit 1879 bis 1905 wohl der Schluß gezogen werden darf, daß die Spiellust im Volke zugenommen hat. Dies geht schon daraus hervor, daß im Jahre 1879 auf 10 Einwohner des Deutschen Reiches ein Spiel, im Jahre 1905 dagegen schon auf 9 Bewohner ein Spiel entfiel.

(Buchbinder-Zeitung.)

## Zur Generalversammlung.

XVIII.

### Zur Reise- und Umzugsunterstützung.

Den Artikel in No. 27 der »Gr. Presse«, unterzeichnet O. H., S., kann man nur unterstreichen. Die Unternehmer tragen sogar dazu bei, daß unser Kunstgewerbe zu einem Wandergewerbe wird; das geht aus der Äußerung eines Unternehmers hervor, der in einer ersten Zwiesprache seinen langjährigen Arbeiter erklärte: »Es geht kein einziger fort, alle klebt ihr hier wie Pech zusammen!« Dieser Ausspruch hat an und für sich mit der Generalversammlung nichts zu tun. Aber er läßt erkennen, wie wir in der Bewegungsfreiheit solchen Auswüchsen gegenüber behindert sind, wenn man die Umzugskosten und die Reiseunterstützung in der vorgesehenen Weise kürzen würde. Letztere ließ sich nötigenfalls von 4 auf 3 Pf. pro Kilometer heruntersetzen; das entspräche den heutigen Beförderungsmitteln. Es wäre aber auch das einzige, was in diesem Unterstützungsweize reduziert werden könnte.

Nach der letzten Jahresabrechnung vom IV. Quartal 1909 sind für Umzugskosten 14213 Mk. ausgegeben worden. Diese Summe ist gegenüber den andern Unterstützungsweizen derart gering, daß durch ihre Reduzierung der Bock auch nicht fett zu machen ist. Man bedenke aber andererseits die Folgen, die dadurch entstehen, wenn ein Kollege in abgelegenen Druckorten beschäftigt ist und beim Stellenwechsel mit Kind und Kegel nach auswärts ziehen muß. Gar zu oft ist ein solcher Stellenwechsel durch den Unternehmer veranlaßt, so daß man gewissermaßen hinausgeekelt wird. Der Kollege sieht im gegebenen Falle zuerst, wieviel Unterstützung er für einen Umzug beziehen darf, und gewöhnlich ist das Resultat ausschlaggebend, ob er sich verändern will oder nicht; im letzten Fall wird er dann in der Regel zum Mucker.

Ich streife hier den Artikelschreiber g. d., der da meint: »Wir wollen nur Gewerkschaft sein! Ich bin auch im Prinzip dafür, aber man muß doch in Betracht ziehen, worauf unser Verband eigentlich aufgebaut ist. Ich bin überzeugt, wenn wir nur »Gewerkschaft« wären und demnach also in den mißlichen Lebenslagen keine oder aber eine sehr geringe Unterstützung gewährten, dann hätten wir statt 17000 Mitgliedern nur ein Viertel dieser Zahl!

Es wird ein Staffelleitrag angeregt und das Für und Wider erwogen. Durch zu hohe Beiträge

sollen wir in unserer Agitation unter den arbeitenden Kollegen, ganz gleich welcher Branche sie angehören, sehr behindert sein. Das ist aber bombensicher: wenn wir Nurgewerkschaft sind, werden wir diese Außenstehenden überhaupt nicht für unsern Verband bekommen! Bei diesen und auch bei andern Mitgliedern sind die Unterstützungseinrichtungen ein Fall, den sie nicht gern missen mögen. Das wolle man auf der kommenden Generalversammlung nicht außer Acht lassen.

Vorschläge zu machen ist nicht der Zweck dieser Zeilen. Es muß aber ganz energisch eine Kürzung der Umzugskosten zurückgewiesen werden! Eher mag man die Unterstützung für militärische Übungen reduzieren, denn in den meisten anständigen Firmen wird der Lohn weiter gezahlt; hinzu kommen noch die Unterstützungen vom Vater Staat für Frau und Kind, so daß bei einem Wochenlohn von 30 Mk. zirka 56 Mk. pro Woche für Unterstützungen herauskommen, einschließlich der vom Verband.

Mein Vorschlag geht dahin, daß da, wo eine Firma bei militärischen Übungen nichts bezahlt, die Unterstützung des Verbandes in der jetzt üblichen Weise ausgezahlt wird, im andern Falle aber nicht.

Man komme nur nicht und sage: »Ja warum sollen einige wieder mehr Unterstützung beziehen dürfen?« Seien wir doch nicht so kleinlich! Hier ist doch einerseits zu beachten, daß bedürftige Kollegen zu unterstützen sind; das ist der Fall, wenn während der Uebung der Wochenlohn ausfällt und die Familie mit den paar Mark, die der Staat gewährt, unterhalten werden soll. Andererseits wolle man beachten, daß die Unterstützungskasse, ohne daß die Kollegen Nachteile haben, geschont wird, zum Besten der ganzen Kollegschaft.

K. M.

XIX.

### Staffelleitträge?

Verfolgt man aufmerksam die vielen Artikel zur bevorstehenden General-Versammlung, besonders diejenigen aus dem Kreise der Mitglieder, zum Thema »Staffelleitträge«, so denkt man unwillkürlich: Wird hier aber viel leeres Stroh gedroschen! Ich möchte keinem der Artikelschreiber zu nahe treten, aber ich glaube aussprechen zu können, daß sich kein einziger mit einem stillen Studium der privaten, zwanglosen Unterhaltungen der Kollegen (der alten sowohl als auch der jungen) beschäftigt hat. Es sind alles persönliche Ansichten und Vorschläge, die widerspruchlos Annahme finden sollen, die aber der Mehrzahl der Mitglieder nicht sympathisch erscheinen. Den meisten Kollegen fehlt leider das Talent, ihre Meinung zu diesem wichtigen Punkte in öffentlicher Versammlung vorzubringen. Sind aber nur 2, 3, 5 Kollegen beisammen, da redet jeder frei und ungebunden. Da hört man, welche Meinung im großen und ganzen vorherrschend ist. Als stiller Beobachter kann man nur so zu einem Schluß kommen.

Sind nun Staffelleitträge erwünscht? Nein, sie sind verhaßt! Einzelnen könnten sie schließlich sympathisch erscheinen, der Mehrzahl aber keineswegs! In einem Punkte ist alles einig mit den bisherigen Artikelschreibern: Unsere Beiträge sind hoch und erschweren uns die Agitation und Neuaufnahmen. Aber eine Klasse mit niederen Beiträgen und demzufolge niederen Unterstützungen erscheint bei den heutigen Verhältnissen völlig unangebracht.

Der rettende Engel, der mit den »Staffelleitträgen« erschien, lenkt sein Augenmerk nur auf die, die dann in den Verband kommen sollen, denkt aber mit keinem Gedanken an die, die dadurch dem Verband wieder den Rücken kehren. Sind wir besser dran, wenn wir einige in die billige Klasse eintreten sehen, und ein großer Teil aller Mitglieder aus der teuren Klasse scheidet wieder aus? Wir müssen auch bedenken, daß die stark reduzierten Unterstützungen den betreffenden Mitgliedern überhaupt wenig nützen.

Im Artikel V schreibt Ide: »Nach 26 Wochen Karenzzeit 3 Wochen Unterstützung à 7 Mark.« Kann eine Familie mit 7 Mk. eine Woche leben? Ist heute eine Arbeitslosigkeit in 3 Wochen zu beheben?

Anerkennend für seine eigene Person schreibt A. K. im Artikel VI: »Da wollen wir, die besser gestellten Kollegen, doch lieber noch mehr zahlen, als andern den Weg zur Organisation versperren.« Das ist ein frommer Vorschlag. Ausgeführt würde er uns weit mehr Mitglieder rauben als bringen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß selbst die besser entlohten Kollegen unfähig sind, noch höhere Beiträge auf die Dauer aufzubringen. Die Sorte ist verflucht dünn gesät, die es weiter bringt als aus der Hand in den Mund zu leben! Wir müssen also einen Weg suchen, der allen dem Verband noch Fernstehenden den Beitritt ermöglicht, der aber auch unbedingt darauf bejacht ist, uns die jetzigen Mitglieder zu erhalten.

Sehen wir uns die Sache ganz genau an. Wir wollen ein gewerkschaftlicher Verband sein. Das ist der erste Grundgedanke. (Alle Unterstützungskassen sind doch nur ein nebensächliches, wenn auch äußerst notwendiges Anhängsel.) Unser höchstes Ziel muß deshalb sein, alles zum Beitritt zu unserer Gewerkschaft zu bekehren, um bei Streiks und Aussperrungen nur eine einzige Masse zu bilden. Dies

hohe Ziel kann aber nie erreicht werden, so lange noch der Zwang besteht, gleichzeitig allen Kassen beizutreten. Deshalb: Fort mit diesem Zwang! Lassen wir den Eintritt in diese oder jene Unterstützungskasse jedem Gewerkschaftsmitgliede frei. Sorgen wir dafür, daß sich alle jungen wie alten Kollegen gewerkschaftlich organisieren können. Sind die vielen, die abseits stehen, alle Gegner unseres Verbandes? Nein! Keineswegs! Sie sind noch von Alters her anderweitig versichert und haben sich durch jahre- und jahrzehntelange Mitgliedschaft Rechte erworben, die sie sich im vorgerückten Alter gar nicht mehr in unserem Verband erwerben können. Wer ließe eine gute Zuschußkasse fahren? Und die Verbandsbeiträge noch hinzuzahlen, geht bei den meisten eben über den Lohn; deshalb bleiben sie lieber unorganisiert. Und wie geht den jungen Kollegen? Sie sind sowieso in einer Orts- oder Fabrikkasse. Sie sind höher zu versichern, fällt gar keinem ein. (Seien wir ehrlich, wir dachten in unseren jungen Jahren genau so.) Wer kennt nicht die geflügelten Redensarten der Kollegen? „Jetzt 1,60 Mk., bald 1,80 Mk., vielleicht gar 2 Mk., da leg ich doch lieber jede Woche das Geld zurück, da habe ich gegebenenfalls weit mehr.“ Und wieviele glauben noch an eine Lebensstelle und brauchen scheinbar keine Reise- und Arbeitslosenunterstützung! Hört man nicht auch manchen Hagesstolz ausrufen: „Warum soll ich für Witwenunterstützung steuern?“ So könnte man als stiller Zuhörer noch unzählige Äußerungen anführen. Aber trotzdem sind solche Kollegen keinesfalls Gegner unserer Gewerkschaft! Greifen wir also da zu, wo es nötig ist! Richten wir den Senefelder-Bund so ein, wie den seligen Lithographen-Bund. Grundprinzip: Gewerkschaft!

In No. 26 der „Graph. Presse“ (Leitartikel) teilt der Hauptvorstand den Beitrag von 1,30 Mk. recht schön in folgende 4 Kassenzweige ein: Für den Kampffonds (Rechtsschutz, Streik-, Aussperre- und Gemäßregelunterstützung 30 Pf., für Reise-, Umzugs-, Arbeitslosenunterstützung und solche bei militärischen Nachübungen 20 Pf., für Kranken- und Sterbefallunterstützung 45 Pf., für Invaliden- und Witwenunterstützung 35 Pf. Warum nun aber den Zwang, allen diesen 4 Kassen gleichzeitig anzugehören? Fort mit diesem Ungeheuer, es verhindert die Werbung neuer Mitglieder. Daß jeder erst der Kasse I beitreten müßte, ehe er Mitglied der Kassen II bis IV werden könnte, ist selbstverständlich. Es muß eine Bewegungsfreiheit der Mitglieder der Kasse I geschaffen werden, die es ihnen ermöglicht, nur noch in ihnen zusagende Unterstützungskassen zu steuern.

Dies ist eine ganz einfache Sache! Ein junger Kollege tritt der Gewerkschaft bei (Kasse I). Er hält es auch für gut, für eventuelle Reise- und Arbeitslosigkeit zu sorgen, daher schließt er sich noch Kasse II an; für Kasse III und IV hat er vorläufig noch keine Verwendung, er will warten, bis sein Lohn noch gestiegen ist. Ebenso kann es ältere Kollegen gehen, denen, wie eingangs erwähnt wurde, eventuell nur Kasse I zusagen würde. Nur so könnten wir unser Hauptziel, alle Kollegen der Organisation zuzuführen, erreichen; mit Staffelleistungen keineswegs!

Warum erlaubt man Faktoren usw., der Kasse I und II den Rücken zu kehren, und jenen Kollegen, die nur diesen Kassen beitreten würden (was unserer Sache weit mehr Nutzen brächte), verschließt man die Tür! Der alte Zustand von 1905 und 1906 ist vorüber, wo dieser Zwang nötig erschien. Die Zeiten haben sich geändert, deshalb nun endlich fort mit diesem Zwang! Hoffentlich gehen die Kollegen rege zur Diskussion dieses erst gemeinten Vorschlags über. F. K., Leipzig.

## XX.

## Verbandsfragen.

Obwohl die heutige Generalversammlung im Vergleich mit den letzten keine so tief einschneidenden Beschlüsse zu fassen hat, ist sie trotzdem nicht minder wichtig für die fernere Ausgestaltung unseres Verbandes. Das weitverzweigte Unterstützungswesen zeitigte allerdings auch etwas, was von manchen Kollegen nicht als besonders angenehm empfunden wird, nämlich eine Erhöhung des Beitrages. Es kann aber ruhig entgegnet werden, daß man heute schon nicht mit 30 Pf. Extrasteuer, sondern nur mit 20 Pf. rechnet. Die erste Extrasteuer von 10 Pf. haben die Kollegen bereits als etwas Selbstverständliches hingenommen, so daß deren Hinzulegung zum Beitrag auf keinen großen Widerstand stoßen wird. Wer sich eine Vorstellung macht, was man heute ungefähr im Senefelderbund bezahlen müßte, falls die Liquidation nicht stattgefunden hätte, der muß eingestehen, daß mit einem Beitrag von 1,30 Mk. nicht zu hoch gegriffen ist.

Gewiß soll auch nicht verkannt werden, daß unser Beitrag in dem Budget eines Arbeiters, zumal eines schlecht entlohnten, eine große Rolle spielt. Letzteres hat nun auch Veranlassung gegeben, dem Staffelleistungsbeitrag das Wort zu reden. Eine ganze Anzahl von Gründen sprechen zwar dafür, aber die Gründe, die dagegen sprechen, sind eben doch die gewichtigeren. Wollten wir heute Staffelleistungsbeiträge einführen, so könnten höchstens zwei Arten in Betracht kommen. Was sollte aber mit einem Beitrag von 90 Pf. bis 1 Mk. geboten werden? Die Unterstützungen würden ganz unzureichend sein. Klingt

es gegenwärtig nicht aus jedem Munde, daß die Unterstützungen, die gewerkschaftlichen Charakter tragen, besser ausgebaut werden und dafür lieber Ersparungen an der Krankenunterstützung Platz greifen sollen? Die Not der Zeit hat die Kollegenschaft zu dieser Erkenntnis gebracht. Es ist ein Unding, wenn man heute bei einer Beitragsleistung von 9,10 Mk., 18,20 Mk. und 36,40 Mk. für die Krankenkasse Summen von 156 Mk., 312 Mk. und 624 Mk. beziehen kann. Gegen Krankheit ist jeder besser versichert als gegen Arbeitslosigkeit. Die vornehmste Pflicht einer Gewerkschaft ist es, ihre Arbeitslosen über Wasser zu halten, damit sie nicht durch die Not gezwungen werden für jeden Schundlohn Stellung anzunehmen. Gerade diejenigen Kollegen aber, die nun den niedrigeren Beitrag zu zahlen hätten, müßten es bei Arbeitslosigkeit am bittersten empfinden, was verkürzte Unterstützung bedeutet.

Die Witwen- und Invalidenkasse erweist sich jetzt schon als ein Hemmschuh in der Agitation bei den angeschlossenen Berufsgruppen. Es ist ja auch vollständig ausgeschlossen, irgendwelche Kollegen vom Beitrag zu dieser zu befreien. Bei dem bisherigen Beitrag von wöchentlich 25 Pf. zahlt ein Mitglied in 25 Jahren 325 Mk. Wird es Invalide, so holt es diese Summe schon in einem Zeitraum von 46 Wochen wieder heraus. Dabei sind die 25 Pf. nur für Invalidenunterstützung berechnet; die Witwenkasse ist ganz außer Acht gelassen. Wir würden dieser Kasse direkt den Lebensnerv abschneiden, wollten wir zugeben, daß Kollegen vom Beitrag befreit wären.

Abgesehen von den kassentechnischen Schwierigkeiten, die sich doch unbedingt ergeben bei Einführung von Staffelleistungen, ist auch die Werberkraft sehr zu bezweifeln. Bis heute hat sich gezeigt, daß bei hohen Beiträgen die Fluktuation aufgehört hat. Ist der Beitrag 90 Pf. oder 1 Mk., so ist er immer noch hoch genug, um manchen von der Organisation abzuhalten, und noch niedriger könnte auf keinen Fall gegriffen werden.

Die Portrait-Photographen haben ihre Organisationsfähigkeit noch nicht in dem Maße erreicht wie die übrigen Berufsgruppen. Das liegt darin begründet, weil sie meistens aus dem Mittelstand und Kleinbürgertum kommen, hauptsächlich aber darin, weil die Photographen zumeist einzeln in den Geschäften arbeiten. Hätten wir im Photographiegewerbe die Kollegen auch scharenweise in einer Firma, so wäre die Agitation wesentlich leichter und auch erfolgreicher. Was aber einmal nicht gegeben ist, das ist auch durch Beiträge, selbst wenn sie noch so minimal sind, nicht zu erreichen. Wollte man hier Ausnahmen machen, sofort kämen auch die schlecht entlohnten Angehörigen der übrigen Berufsgruppen mit demselben Verlangen. Dies alles müßte aber zu Verwirrungen führen, von denen der Einzelne wie die Gesamtheit nur Schaden erlitten. Sollten sich manche Kollegen der uns angeschlossenen Berufe nicht befriedigt fühlen, so wird dies mit der Zeit auch anders werden; in der Entwicklung gibt es keine Sprünge, es muß Schritt für Schritt vorgekämpft werden.

Die Hauptfrage, die uns heute beschäftigen muß, ist der Ausbau der Unterstützungen gewerkschaftlicher Art, vornehmlich der Arbeitslosenunterstützung, und die Beschneidung der Karenzzeit bei Unterstützung in Krankheitsfällen und zwar staffelweise so, daß nicht nach 2-jähriger, sondern erst nach 5-jähriger Mitgliedschaft der jetzige Betrag herausgeholt werden kann.

Früher haben allerdings namhafte Gewerkschafter gesagt, daß die Unterstützungseinrichtungen den Gewerkschaften den Kampfescharakter nehmen. Was aber vor Jahren noch unumstößliche Wahrheit war, kann sehr leicht nach nicht allzulanger Frist keine Geltung mehr haben. Man sieht ja heute selbst Tarifverträge nicht mehr als das an, für was sie früher gegolten haben.

Es darf hier nicht vergessen werden, daß es sonst viel leichter war, etwas zu erreichen. Eine Anzahl von Idealismus getragene Kollegen wagten den Kampf, bei dem nach keinerlei pekuniärer Unterstützung gefragt wurde. Es gelang ihnen, siegreich durchzudringen, das Häuflein wurde größer, und so gab es Erfolge, erleichtert dadurch, daß eine Koalition des Unternehmertums fehlte. Heute hat man es aber mit der Masse der Arbeiter zu tun, die eigentlich nur durch das Unterstützungswesen so fest zusammengelötet sind. Es wäre verkehrt, den Kampfesmut deshalb niedriger einzuschätzen, aber die Kämpfe der gesamten Arbeiterschaft stehen heute mehr auf materieller Grundlage wie früher.

Die Entwicklung des Verbandes in Parallele mit der des Senefelderbundes hat uns zu dem gemacht, was wir heute sind. Wenn die Unterstützungen heute einen beträchtlichen Teil unserer Einrichtungen ausmachen, so liegt das nicht an Einzelnen, sondern daran, daß man dazu durch die Verhältnisse gedrängt wurde. Etwas abzuschaffen ist heute nicht mehr angängig. Sich in Betrachtungen einzulassen über die Vergangenheit ist zwecklos, so weit es das betrifft, was man heute zwar anders wünschte, was man aber nicht mehr ändern kann. Das Hauptwerk kann nur sein, munter vorwärts zu schreiben und unseren Verband davor zu hüten, noch weiter Versicherungskasse zu werden, sondern immer mehr das in den Vordergrund zu rücken, was die Forderung des Tages ist: eine jederzeit schlagfertige Arbeiterorganisation auf modernster Grundlage zu werden. Dazu ist aber die Mithilfe eines jeden nötig in Agitation und Organisation. Jemehr sich die Kollegen

in die Arbeiterbewegung vertiefen und alle unnötige Kritikasterei bei Seite lassen, desto mehr Vorteile werden zu erringen sein. Möge unser Verband in Zukunft das noch viel mehr sein, was wir alle erstreben: eine feste Stütze und ein Hort für alle seine Angehörigen bei der Bekämpfung der Machtgelüste unseres Unternehmertums und bei der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. I. H.

## XXI.

## Noch einmal die Honorare in den Mitgliedschaften.

In No. 28 der „Gr. Presse“ befindet sich ein mit H. S. unterzeichneter Artikel, der gewiß den edelsten Absichten entspricht, den »Dallies« in unserer Bundeslade mit vernichten zu helfen. Das gute Herz des Verfassers geht denn auch an Herz und Nieren der Funktionäre. Ganz gewiß sind seine Absichten die edelsten und besten, aber wir glauben fast, daß er wohl kaum jemals irgend einen Vorsitzenden- oder gar Kassiererposten inne hatte, denn sonst würde er nicht so »ideal« schreiben und realerer Natur sein.

Die Arbeiten, die unsere Funktionäre mit den 3 Prozenten entschädigt erhalten, sind manchmal schon in Mitgliedschaften von 100 Mitgliedern, also in Mittel- und Kleinstädten, derartig groß und vielseitig, daß man von einem wirklichen »Honorar« kaum sprechen kann; es ist eben nur eine ganz kleine Entschädigung für gehabte Mühen und manchmal auch noch für bare Extra-Auslagen, die man sonst nicht hätte. Beim Kassierer stellen sich trotz größter Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit auch kleinere Mankos ein, die er von seinem »Honorar« decken muß; auch gehen von seinen 2 Prozent noch Anteile (»Prozente«) für die Unterkassierer usw. ab.

Wir glauben sicher und fest, daß sich, falls die 3 Prozent Honorar von der Einnahme an Beiträgen (von Extrasteuern usw. gibt es überhaupt keine »Prozentchen«) wegfallen sollten, in den Mittel- und Kleinstädten keine Verwaltungsmenschen mehr finden würden, und in den Großstädten schon gar nicht! (Besoldete Beamte haben wir ja in sehr vielen Großstädten bekanntlich nicht.)

Dann ist es noch etwas anders in puncto Idealismus, das manchen braven Kollegen abschrecken würde: die Erfahrungen, die er gemacht hat. Die Arbeiterorganisationen haben keinen Dank zu vergeben. Gewiß ist das richtig und gut so. Aber mancher ideal angelegte Kollege erntet hier und da auch noch Undank! »Undank ist der Welt Lohn« heißt es — leider — auch noch bei den Arbeitern, und die einzige aufrichtige Freude ist — leider — auch bei manchen unser »lieben« Kollegen die Schadenfreude! — Also lassen wir es ruhig bei den bisherigen 3 Prozent Honorar. Wer freiwillig darauf verzichten will, kann es selbstverständlich tun. S—d.

## XXII.

## Staffelleistungsbeiträge.

Eine Reihe von Artikeln in den letzten Nummern unserer »Gr. Pr.« beschäftigen sich mit der Einführung der Staffelleistungsbeiträge. Auch sind einige Vorschläge gemacht, wie die für diesen Beitrag zu leistenden Unterstützungen sein sollen. Von verschiedenen Einsendern wird dabei betont, daß die Invaliden-Kasse keineswegs ausgeschaltet werden darf. Wenn wir an dieser Auffassung festhalten wollen, dann dürfte eine Beitragsstaffelung überhaupt undurchführbar sein; das zeigt folgende Rechnung. Im Jahre 1908 stellen sich die Ausgaben wie folgt:

Invaliden-Kasse	16,5%	oder	20 Pf. pro Beitrag
Gewerkch.-	4,2%	„	5 „ „
Allg.Unterst.	51,1%	„	61 „ „
Verwalt.Unkosten	21,0%	„	25 „ „

Das macht in Summa 1,11 Mk. Die Ausgaben in der Invaliden-Kasse werden nach den bisher gemachten Erfahrungen ganz gewaltig steigen. Nach der Rechnung des H.-V. werden 10 Pf. genügen, um dieser Steigerung Rechnung zu tragen; nehmen wir also eine Ausgabe pro Beitrag von 30 Pf. an. Werden die Leistungen der Allg. Unterstützungskasse auf die Hälfte reduziert, dann wird hierfür immer noch ein Beitrag von mindestens 30 Pf. gebraucht, die Rechnung stellt sich dann folgendermaßen: Invaliden-Kasse 30 Pf., Allg. Unterst.-Kasse 30 Pf., Gewerkschafts-Kasse 5 Pf., Verwalt.-Unkosten 25 Pf., sind zusammen 90 Pf.

Sobald nun etwaige Lohnbewegungen größeren Stils in Frage kommen, wird die Gewerkschafts-Kasse eine bedeutend größere Ausgabe haben, so daß auch hier mindestens statt 5 Pf., 15 Pf. gerechnet werden müssen. Wir haben also bei Beibehaltung der Invaliden-Kasse mit einem Mindestbeitrag von 1 Mk. zu rechnen, abgesehen davon, daß bei Halbierung der Unterstützungen der Allg. Unterst.-Kasse diese ihre Zugkraft verloren haben.

Nun muß aber ein jeder zugeben, daß mit einem Staffelleistungsbeitrag von 1 Mk. nicht viel gewonnen ist; damit locken wir keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Es bliebe also nur die Ausschaltung der Invaliden-Kasse übrig, womit dann der Beitrag auf 70 oder, wie von Hanau-Kessestadt angenommen wird, auf 75 Pf. festgesetzt werden könnte. Die zu zahlenden Unterstützungen müßten in der Gewerkschaftskasse die gleichen sein wie im jetzigen Statut; dagegen müßte für die übrigen Unterstützungen eine



Vereinigung der Dauer der Krankenunterstützung nach kurzen Karenzperioden gefordert und der Entzug der Witwenunterstützung bei einem Einkommen von mindestens 20 Mark, die Herabsetzung der Mahnrfrist bei Resten auf 4 und der Ausschlussfrist auf 8 Restwochen sowie die Erhöhung der auf jeden Delegierten entfallenden Mitgliederzahl befürwortet.

Bei der Abstimmung wurde die Staffellung der Beiträge abgelehnt, ebenso der Antrag München auf Erhöhung des Beitrags um 20 Pf. wöchentlich. Dagegen wurden die übrigen Anregungen durch die Fassung entsprechender Abänderungsanträge zur Statutenvorlage durch den Gautag zu Beschlüssen erhoben. Zur Vermeidung von Wiederholungen erbringt sich in diesem Bericht der Abdruck des Wortlauts der angenommenen Anträge, die noch vor der Generalversammlung mit allen anderen gestellten Anträgen veröffentlicht werden. Hervorgehoben sei nur noch, daß die Vorkonferenz des Gaues Nordbayern die Anstellung eines besoldeten Gauleiters mit dem Sitz in Nürnberg beantragte.

Im Anschluß an diesen Punkt referierte Kollege Sillier noch über wichtige Verbands- und Kassenfragen. Seine Ausführungen wurden nach längerer Diskussion, in der verschiedene Gesichtspunkte eine Aenderung erfuhren, gutgeheißen.

Nach Beantwortung einiger Anfragen durch Kollegen Sillier wurde der Bezirkstag durch Kollegen Lungewitz, der den Regensburger Kollegen für den freundlichen Empfang dankte, um 6 Uhr nachmittags geschlossen.

b. u. m.

### Gautag in Stuttgart.

Am 2. und 3. Juli fand eine Konferenz des Gaues Württemberg statt, auf der 19 Delegierte aus 10 Zahlstellen anwesend waren; Ludwigswig war nicht vertreten. Vom Hauptvorstand war Kollege Lange erschienen.

Aus dem Bericht des Vorsitzenden Werner über die Tätigkeit in den letzten zwei Jahren war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im Gau trotz der Krise gestiegen ist. In der Berichtszeit konnten fünf Tarife mit einzelnen Firmen abgeschlossen werden. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Mutschke. Die Einnahmen betragen einschließlich eines Bestandes von 266,30 Mk. 1601,28 Mk., die Ausgaben 1173,48 Mk., so daß die Bezirkskasse am Schluß der Berichtsperiode einen Bestand von 427,80 Mk. verzeichnen konnte. Es folgten die Berichte der einzelnen Zahlstellen, wobei aus dem Schwarzwald idyllische Bilder von der Lage unserer Kollegen enthielt wurden, die dringend der Abhilfe bedürfen. Dem Vorsitzenden, Kassierer und Schriftführer wurden für ihre 6-jährige Tätigkeit Entschädigungen von 50, 30 und 20 Mk. gewährt.

Sodann referierte Kollege Richard Schnetter in klarer Weise über Zwangsorganisation, Preiskonvention und Tarifvertrag, wobei er besonders die Schäden der Zwangsorganisation und der Preiskonvention beleuchtete. Nach kurzer Diskussion legte der Gautag seine Stellung zu diesen Fragen durch die Annahme folgender Resolution dar: »Tarifverträge mit den Unternehmern, in denen sich die Gewerkschaften verpflichten, einem Unternehmerkartell bei der Durchführung seiner Preiskonvention Hilfe zu leisten, schädigen das Interesse der Arbeiter, weil sie die Tendenz haben, die kapitalistische Ausbeutung zu fördern und zu sichern. Da sich der moderne Gewerkschaftskampf gegen die kapitalistische Ausbeutung richtet, müssen solche Verträge mit den Unternehmern, die eine Verteuerung der Produkte und eine Steigerung des Profits zum Ziele haben, mit der größten Schärfe bekämpft werden. Der Bezirkstag stellt deshalb an die Generalversammlung das Ersuchen, diesem Rechnung zu tragen.«

Am zweiten Verhandlungstage nahm der Gautag Stellung zur neuen Statutenvorlage, die durch Kollegen Lange begründet wurde. Dabei zeigte sich, daß die Mitgliedschaften durch Einbringung von ca. 50 Anträgen zum Entwurf, die zum größten Teil bei der Beratung abgelehnt wurden, wieder einmal viel unnötige Arbeit geleistet hatten. Sie wäre ihnen erspart worden, wenn der Hauptvorstand der Vorlage eine Begründung mit auf den Weg gegeben hätte. Eine größere Debatte entspann sich nur über die Erhöhung des Beitrags und über die Frage der Staffelbeiträge. Bei dieser Gelegenheit referierte Kollege Mutschke über die Agitation unter den Photographen. Beschlissen wurde, daß neben den weiblichen Mitgliedern auch für solche männliche Mitglieder, die weniger als 18 Mark Wochenlohn haben, der Beitrag auf 60 Pf. festzusetzen sei. Damit glaubt der Gautag einen Weg gewiesen zu haben, auf dem die Organisation der schlechtentlohnerten Kollegen möglich ist; durch die Organisation werden sie ihren Lohn verbessern und in die Lage versetzt werden können, bald den vollen Beitrag zu leisten. Ferner wurde die Generalversammlung ersucht, einen Gauleiter für Württemberg und Baden mit dem Sitz in Stuttgart anzustellen, den Hauptvorstand mit der Zustellung einer Liste der Ausgeschlossenen an die Verbandsfunktionäre zu beauftragen und Vereinbarungen mit den Unternehmern anzubahnen, durch die jeder neuereitrende Lehrling verpflichtet sein soll, sich einer ärztlichen Untersuchung von Augen und Lunge zu unterziehen. Ferner beschloß der Gautag folgenden Protest: Der Steindruckerk Hermann Schmitt aus Stuttgart

wurde von unserer schweizerischen Bruderorganisation trotz unseres Protestes wieder als Mitglied aufgenommen. Diese Aufnahme mußte auf Grund des § 1 Abs. 2 c des internationalen Gegenseitigkeitsvertrages verweigert werden. Die Zahlstelle Stuttgart betrachtet daher die Aufnahme des Schmitt als dem Gegenseitigkeitsvertrag zuwiderlaufend und beantragt, die Generalversammlung wolle sich dieser Ansicht anschließen und erklären, daß eine eventuelle spätere Uebernahme des Schmitt in den deutschen Verband auf Grund seiner früheren fortgesetzten schweren Verfehlungen in unserem Verbands als ausgeschlossen gilt.

Trotz der vorgerückten Zeit nahm der Gautag noch ein sehr instruktives Referat des Kollegen Lange über unser Verbands- und Kassenwesen entgegen, das uns zeigte, wie viele Fehler der Kassierer und Vorstände zu vermeiden sind.

Hierauf wurde die Wiederwahl der bisherigen Bezirkskommission vorgenommen, die beauftragt wurde, alljährlich eine Statistik über alle, keiner selbständigen Mitgliedschaft angehörenden Anstalten aufzunehmen und den Auskunftserteilern zuzustellen, Aenderungen sollen dem Bezirksvorstand sofort mitgeteilt werden. Ferner wurde beschlossen, daß Mitgliedschaften bis zu 50 Mitgliedern einen, von 50 bis 150 zwei und über 150 drei Delegierte zum Gautag senden können. Hierauf wurde die arbeitsreiche Tagung abends 10 Uhr mit einem kräftigen Schlußwort durch Kollegen Werner geschlossen.

R. B.

### Ortsberichte.

**Augsburg.** Die im Februar d. J. mit der Süd-deutschen Druckereigesellschaft m. b. H. entstandenen Differenzen sind nunmehr beigelegt. Von den drei während des Konflikts eingetretenen Druckern Gierster-München (früher Prinzipal), Schmidt-Bremen und Pötsch-Wien hat sich letzterer den hiesigen Kollegen wieder angeschlossen. Seine Stellungnahme in der Firma würde unterblieben sein, wenn diese durch die Presse dauernd gesperrt worden wäre.

**München.** Am 6. Juli fand eine kombinierte Versammlung beider Filialen statt, in welcher die Delegierten Bericht über den Gautag in Regensburg erstatteten. Sie beschloß, einige Anträge des Gaues Südbayern, die auf dem Gautag keine Annahme fanden, doch noch der Generalversammlung zu unterbreiten, da sie den Versammelten von großer Wichtigkeit erschienen. Zunächst soll beantragt werden, daß der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder 1,40 Mk. zu betragen hat, wovon 40 Pf. der Gewerkschaftskasse zu überweisen sind. Die Einführung der Einheitskasse ist der Förderung der gewerkschaftlichen Aufgaben des Verbandes in schwerem Maße hinderlich und deshalb strikte abzulehnen. Die Arbeitslosenunterstützung soll bei Annahme einer Beitragserhöhung auf 1,40 Mk. wie folgt ausgebaut werden:

bei 26 Wochenbeitr.	4 Wochen à 9 Mk.	= 36 Mk.
" 52 "	8 " " 9 "	= 72 "
" 104 "	8 " " 12 "	= 96 "
" 200 "	10 " " 15 "	= 150 "
" 520 "	15 " " 15 "	= 225 "

Ferner soll es keinem Mitglied benommen werden, vor Bezug der Invalidenunterstützung die Krankenunterstützung voll zu beziehen. Wenn es im Interesse des Erkrankten oder des Verbandes liegt, sollen Erkrankte auf Kosten des Verbandes in ein Krankenhaus eingewiesen werden können; in diesem Falle wird keine Unterstützung bezahlt.

### Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker. Arbeitsnachweisleiter: C. Schubart, Berlin N. 20, Badstraße 26.

### Aus den Sektionen.

**Coswig.** Am Sonnabend, den 9. d. M. beschäftigte sich eine Versammlung der hiesigen Kollegen mit der bevorstehenden Generalversammlung. Allgemein begriffen wurde die Heranziehung mehrerer Formstecherkollegen zur Branchensitzung vor der Generalversammlung. Die hiesigen Kollegen wird Kollege Stephan, Formstecher, vertreten. Sehr bedauert wurde, daß für die Tapetendrucker eine derartige Branchenvertretung nicht vorgesehen ist, denn gerade für die Tapetendrucker ist eine Beratung zur Hebung ihrer traurigen wirtschaftlichen Lage überaus notwendig. Darauf erstatteten die Kollegen Puhan und Stephan den Bericht von der in Dresden abgehaltenen Gaukonferenz. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Einführung der Staffelbeiträge. Die Kollegen sind der Meinung, daß eine Staffellung der Beiträge äußerst notwendig ist; nicht nur für unsere Branchen, sondern für die schlechtentlohnerten Kollegen aller Branchen. Daß dies eine Mehrarbeit für die Verwaltungsorgane unseres Verbandes sei, wird allgemein bezweifelt. Es wurde beschlossen, eine Staffellung der Beiträge auszuarbeiten und der Generalversammlung als Antrag vorzulegen. Mit dem berichtigten § 14,

Abs. 4 des Statuts, der in seiner jetzigen Form in die Statutenvorlage aufgenommen ist, können sich die Kollegen nicht einverstanden erklären. Sie wünschen, daß bei den Kautschukbestimmungen dieses Paragraphen die Konturen etwas schärfer hervortreten möchten. Ferner sind die Kollegen überzeugt, daß die Bestimmungen in § 20, Abs. 3 der Statutenvorlage, in welchem das Krankengeld erst vom 3. Tage an gezahlt wird, seine Wirkungen verfehlt; denn gibts die ersten 3 Tage nichts, dann wird mancher Kollege 4 Tage krank sein, natürlich zum Schaden unserer Kasse. Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, daß alle Kollegen am 23. Juli an der Wahlurne erscheinen möchten, wurde die von den Tapetendruckern schwach besuchte Versammlung geschlossen.

**Uriesheim (Formstecher).** In der am 11. Juni stattgefundenen Monatsversammlung wurde eine Lohnkontrolle vorgenommen, die folgendes Resultat zeitigte: In Firma Peter Schüler beträgt der Höchstlohn 30,— Mk. niedrigster Lohn 28,20 Mk. Durchschnittslohn 29,28 Mk. In Firma Schük & Co., Höchstlohn 30,— Mk. niedrigster Lohn 19,20 Mk. Durchschnittslohn 27,20 Mk. In Firma Justus Müller Höchstlohn 27,— Mk. niedrigster Lohn 15,— Mk. Durchschnittslohn 22,56 Mk. In Firma Nothnagel werden z. Z. noch keine Gehilfen beschäftigt. Von den 19 hier beschäftigten Gehilfen sind 14 organisiert. Werkzeug wird von keiner Firma gestellt. Die seiner Zeit in Hannover getroffene Abmachungen sind bis jetzt nur von der Firma Peter Schüler anerkannt. Aus diesem Grunde ist es notwendig, Engagements in anderen Firmen, mit Vorsicht zu behandeln. Der Kartelldelegierte wies in seinem Bericht darauf hin, daß der geplante Spaziergang nach Darmstadt in das Landesmuseum in nächster Zeit unter Führung des Genossen Dr. Quessel stattfindet. Als Delegierte zum Verbandstag wurde Kollege Donaut Darmstadt, in Vorschlag gebracht. Zur Beratung der Statutenvorlage und dazu gestellten Anträge wurde beschlossen, eine Versammlung zum 9. Juli einzuberufen. Nachdem in letzter Zeit sich unliebsame Störungen bei Erhebung der Unterstützungen durch reisende Kollegen eingestellt haben, wurde beschlossen, Unterstützungen nur noch Mittags von 12—1/2 Uhr im Darmstädter Hof auszuzahlen.

**Harburg.** Die am 13. d. M. tagende gut besuchte Mitgliederversammlung nahm als ersten Punkt den Kartellbericht entgegen, aus dem hervorging, daß Partei und Gewerkschaft gewillt sind, sich mit dem Ausbau der Jugendorganisation zu beschäftigen. In einer noch stattfindenden Sitzung soll die Frage gelöst werden. Im zweiten Punkt gab Kollege Ullrich aus Hamburg einen ausführlichen Bericht vom stattgefundenen Gautag in Hannover. Redner erläuterte hauptsächlich die auf dem Gautage angenommenen Aenderungen zur Statutenvorlage des Hauptvorstandes. In der Diskussion erklärten sich die Kollegen im allgemeinen mit den Beschlüssen einverstanden. Zur Beitragsfrage waren die Kollegen der Ansicht, daß es von großem Vorteil sei, wenn Staffelbeiträge eingeführt werden, denn nur dann sei es möglich, die noch schlecht bezahlten Kollegen unserer Organisation zuzuführen. Hierauf wurden die Beschlüsse des Gautages einstimmig akzeptiert. Ebenfalls wurde einem Antrag der Filiale Hamburg zugestimmt, der Staffelbeiträge verlangt. Von Stellung weiterer Anträge wurde abgesehen. Zur Formstecher-Konferenz wurde Kollege W. einstimmig als Kandidat aufgestellt.

### Feuilleton.

#### Eingänge.

**Graphische Werkstätten.** Herausgegeben und redigiert von Albert Knab, Berlin W. 66. 1. Jahrg. No. 8: Mai 1910. Preis für Verbandsmitglieder 1 Mk. für das Heft.

Das Heft bringt Arbeiten des Münchener L. M. K. Capeller und eine Reihe von Künstlerplakaten aus der Firma Hollerbaum & Schmidt-Berlin in Autotypie und Farbendruck, durch die es seiner Aufgabe, künstlerisch anregend zu wirken, in bester Form gerecht wird.

**Natur.** Zeitschrift der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft. Herausgegeben von R. H. Francé. Heft 20, 1910. Verlag: Geschäftsstelle der Deutsch. Naturwiss. Ges.: Theod. Thomas, Leipzig, Talstr. 13. Preis vierteljährlich 1,50 Mk.

**Aus meinem Leben.** Von August Bebel. Lieferungs Ausgabe. Vollständig in 14 Heften à 10 Pf. Heft 2—7. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart.

**Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863—1909.** Bearbeitet von Wilhelm Schröder. Vollständig in 19 Lieferungen à 30 Pf. zu je 23 Seiten. Lieferungen 13—19. Verlag von G. Birk & Co., G. m. b. H., München.

Nach dem jetzt sämtliche Lieferungen erschienen sind läßt sich ein abschließendes Urteil fällen. Das Handbuch erweist sich als ein ebenso vorzügliches Hilfsmittel für die gewerkschaftlich und politisch tätigen Genossen als für alle diejenigen, die sich mit der Geschichte und der Literatur der Arbeiterbewegung beschäftigen oder sich mit ihr bekannt machen möchten. Unter den letzten sieben Heften befinden sich Artikel wie: Parlamentarische Tätig-

keit, Parteipolemik, Taktik der Partei, Revisionismus und viele andere, die gleichsam in der Nufschale ein Stück wichtiger Parteigeschichte bieten. Jedenfalls wird das Handbuch in keiner Gewerkschafts- oder Vereinsbibliothek fehlen dürfen und auch in der Bücherei jedes vorwärts strebenden Genossen wird es am richtigen Platze stehen.

**Klassenbeiträge oder Einheitsbeitrag?** Material zur Beitragsfrage im Deutschen Holzarbeiterverband. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes (G. m. b. H.) Berlin. 52 Seiten 8<sup>o</sup>.

**Der Kampf.** Sozialdemokratische Monatschrift. III. Jahrg. Heft 9, Juni 1910. Redaktion und Verwaltung: Wien VI/1, Mariahilferstr. 89. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Kronen, Einzelheft (48 Seiten 8<sup>o</sup>) 50 Heller.

**Winterprogramm für das Jahr 1910 bis 1911.** Wirke- und Ratschläge. Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 24 Seiten 8<sup>o</sup>.

In der Einleitung des diesjährigen Winterprogramms wird darauf aufmerksam gemacht, daß der bevorstehende Winter der letzte vor den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen ist; da die Bildungsarbeit nicht außerhalb der politischen Kämpfe und Bestrebungen der Arbeiterklasse liegt, sondern sie zu fördern und innerlich zu vertiefen hat, so muß bei

den Bildungsveranstaltungen der kommenden Wintermonate darauf Rücksicht genommen werden. Die belegenden Veranstaltungen, besonders Kurse, die in ihrer Wirkung den grundsätzlichen Auseinandersetzungen des bevorstehenden Wahlkampfes zugute kommen, sind in den Vordergrund zu rücken, die künstlerischen Unternehmungen können dagegen in diesem Winter zurücktreten. Die Anregungen des Winterprogramms und besonders die Dispositionen der Wanderredner des Bildungsausschusses tragen dieser Sachlage Rechnung. Allen Interessenten sei die kleine Schrift zum Studium empfohlen.

**Illustrierter Neue Welt-Kalender** für das Jahr 1911. 35. Jahrgang. Verlag von Auer & Co., Hamburg. Zu beziehen durch Paul Singer. 80 Seiten 4<sup>o</sup>, 4 Bildbeilagen und ein Wandkalender. Preis 40 Pf.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband** Jahrbuch 1909. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H., Berlin, Engelufer 21. 215 Seiten 8<sup>o</sup>.

**Protokolle** des 11. Verbandstages des Verbandes der Hafenarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, abgehalten am 9. und 10. Mai 1910 in Hamburg, und des 1. gemeinsamen Verbandstages, abgehalten am 12. Mai 1910 in Hamburg. 167 Seiten 8<sup>o</sup>.

**Protokolle der Tarifverhandlungen im Malergewerbe** vom 5.—15. November 1909 und

vom 4.—8. Januar 1910 zu Berlin und der außerordentlichen (XIII.) Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands vom 20. 22. Februar 1910 zu Dresden. Verlag von Alb. Tobler, Hamburg. 464 Seiten 8<sup>o</sup>.

**Bericht über den 1. Verbandstag des Verbandes Deutscher Kunstgewerbezeichner.** Berlin Ostern 1910. 100 Seiten 8<sup>o</sup>.

**Die Sozialdemokratie und das Heer.** (Sozialdemokratische Flugschriften, V.) Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin S. W. 68. 16 Seiten 8<sup>o</sup>. Preis 10 Pf.

Gegen den Militarismus ist die kleine Schrift gerichtet, aus deren Inhalt folgende Kapitel hervorgehoben seien: Die bösen Sozialdemokraten. — Das Heer gegen den inneren Feind. — Das stehende Heer. — Der Kastendünkel. — Der Kommissar im bürgerlichen Leben. — Die Heereskosten. — Kosten pro Soldaten. — Das Heer der pensionierten Offiziere. — Die Schuldenlast. — Der Soldaten beste Freunde. — Die Nutzenanwendung.

**Wegen dem Abdruck der Anträge zur Generalversammlung erscheint diese Nummer einen Tag später.**

■ ■ Stellenangebote ■ ■

Wir suchen für feinste Arbeiten noch einen

**Ia. Farbenätzer**

(Fertigmacher) bei höchstem Lohne in dauernder Stellung. [2,70]

Römmler & Jonas, G. m. b. H., Dresden-A. 16.

**Kupferdrucker,**

Bunt- und Schwarzdrucker per sofort gesucht. [2,10]

Meisenbach, Riffarth & Co., Berlin-Schöneberg.

Einige

**Pos.-Retuscheure**

für Maschinen sowie einen jüngerer

**= Nachschneider =**

möglichst per sofort gesucht.

J. G. Huch & Co., G. m. b. H., 3, — Braunschweig.

**Ia. Reproduktions-Photograph**

für Naß und Emulsion, der auch kopieren kann, findet am 6. August dauernde Stellung. Es wird nur auf eine 1. Kraft reflektiert. Carl Kind jr., Bielefeld.

**Positiv-Retuscheur,**

flotter, sicherer Arbeiter für feinste Masch.-Retusche, in dauernder Stellung gesucht. Adolf Müller,

3, — Chemigr. Kunstanst., Göppingen.

**Tücht. flott. Drucker**

für Schwarz und Farben verlangt bei hohem Lohn Dr. Selle & Co., Berlin, Belle-Alliance-Str. 92. [1,80]

**Ia. Positiv-Retuscheure,**

durchaus firm in Maschinen-Retuschen, such. z. bald. Antritt in dauernder Stell.

Dr. Selle & Co., Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 92. [2,10]

■ ■ Stellengesuche ■ ■

**Tücht. Strich- u. Autotypieätzer**

sucht sof. Stellg. Gefl. Off. an P. Huhn, Hamburg 22, v. Essenstr. 69 ptr. [0,60]

**Strichätzer,**

32 Jahre alt, mit feinst. Arbeit vertr., im Besitz bester Empfehl., sucht sich zu verändern, eventl. in selbständ. Stellung. W. Olf an W. Kapp, Frankfurt a. M.-Niederrad, Gundhofstr. 5 II.

■ ■ Verschiedenes ■ ■

**Die neuesten Vorlagen**

für das graphische Gewerbe stets vorrätig bei [2,10]

C. F. Schulz & Co., Plauen, Kunstgewerbe-Buchhandlung Bitte portofreie Ansichtsendung unter Angabe des Bedarfs zu verlangen

300 Stück extra feine 6 1/2 Pf. Zigarren 15 M. 7 1/2 „ „ 18 „ franko per Nachn. Zigarren-Versand

L. Altmann, Bielefeld, Gr. Kurfürstenstr. 16. [1,65]

**Chiffre-Inserate**

finden auch unter der Rubrik Stellengesuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

**Festschrift.**

25 Jahre Organisationsarbeit der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe in Berlin.

Diese ein reiches geschichtliches Material enthaltende, 86 Oktavseiten und 3 Tafeln umfassende Festschrift zum Berliner Organisationsjubiläum kann durch Verbandsmitglieder zum Preise von 50 Pf. und 10 Pf. Porto bezogen werden vom Kollegen

Johannes Haß, Berlin S. O. 16, Engelufer 15 III.

**== Hundert Mark ==**

zahle ich demjenigen, der mir den Beweis erbringt, daß meine Germanen-Schleifsteine ihren Ruf als unbedingt bestes Schleifmittel nicht verdienen. Ich behaupte, Sie können keinen besseren Schleifstein zum Abschleifen der Lithographiesteine benutzen, als meine G.-S. No. 3, 4, 5 oder 6.

Für jede Sorte Steine, für jede Hand der passende Stein.

Prüfen Sie unparteiisch und Sie werden sich überzeugen.

Tausende täglich im Gebrauch.

Preise für No. 3, 4, 5 und 6 per Stück Mk. 1, —. Export-Schleifsteine 80 Pf.

Clemens Müller, Berlin S. 42, Abt. V, Schleifstein-Fabrik.

Fast in allen Steinlägern vorrätig, sonst direkt in Berlin. [21,60]

**Totenliste.**

† Am 2. Juni in Berlin Friedrich Noack, Steindr. aus Berlin, 40 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 52 Wochen. — Eingetretten in Berlin am 20. Mai 1906.

† Am 6. Juni in Karlsruhe Emil Reichelt, Lithogr. aus Leipzig-Reudnitz, 22 Jahre alt, an Kehlkopf-Schwindsucht, krank 6 Wochen 4 Tage. — Eingetretten in Leipzig am 12. Januar 1908.

† Am 18. Juni in Frankfurt a. M. Curt Beyer, Retuscheur aus Chemnitz, 27 Jahre alt, an Gehirntuberkulose, krank 2 Wochen 3 Tage. — Eingetretten in Niedersiedlitz am 29. Dezember 1907.

† Am 21. Juni in München Ludwig Anders, Lithogr. aus München, 19 Jahre alt, an Lungen- und Kehlkopfschwindsucht, krank 43 Wochen 3 Tage. — Eingetretten in München am 15. November 1908.

† Am 3. Juli in Dresden Heinrich Ponkratz, Steindr. aus Ludwigsthal b. Zwiesel i. Bayern, 22 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Erschießen. — Eingetretten in Dresden am 13. Januar 1907.

† Am 4. Juli in Breslau Paul Meyer, Steindrucker aus Breslau, 36 Jahre alt, an Blutvergiftung, krank 2 Wochen 1 Tag. — Eingetretten in Breslau am 18. März 1900.

† Am 16. Juli in Neurode Hermann Hempel, Steindrucker aus Nieder-Cunnersdorf b. Löbau i. S., 59 Jahre alt, an Lungenleiden, Invalide seit 28. November 1909. — Eingetretten in Neurode am 1. Mai 1887.

† Am 17. Juli in Berlin Richard Steude, Photograph aus Berlin, 21 Jahre alt, an Herzfehler, krank 6 Wochen. — Eingetretten am 27. September 1908 in Berlin.

**Ehre ihrem Andenken!**

Der Hauptvorstand.

NB. Zur gefl. Beachtung! Da die verstorbenen Mitglieder in Zukunft in vorstehender Weise bekannt gegeben werden, und nicht mehr durch einzelne Annoncen, bitten wir daher sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Desgleichen, wenn der Verstorbene eine untersüßungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien, (Rufvornamen, Geburts- und Jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.